

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte gestern unter allgemeiner Teilnahme die Debatte über die innerpolitischen und die Ernährungsfragen fort. In der gestrigen Sitzung ergriff der Minister für Landesverteidigung FML. Baron Czapp neuerlich das Wort; er kennzeichnete gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Jahnradnik die tschechischen Legionäre als Eidbrüchige, die ein Verbrechen begehen, das in allen Staaten als das Schwerste gilt, das ein Soldat überhaupt begehen kann. Diese Verbrechen müssen auch dementprechend behandelt werden. Der Justizminister Dr. Ritter von Schauer fand es für notwendig, die Interpellation über das Kreisgericht in Trautenau mündlich zu beantworten; er wurde, ebenso wie der Minister des Innern, bei seinen Ausführungen über die Zweiteilung der Landesverwaltungscommission in Böhmen von den Tschechen durch heftige Zwischenrufe unterbrochen. Die Debatte, deren Zwecklosigkeit immer mehr zutage tritt, soll heute endlich geschlossen werden.

Im Nachstehenden sehen wir den Sitzungsbericht aus dem Abendblatte fort:

Minister für Landesverteidigung FML. Freiherr v. Czapp erklärt gegenüber dem Abgeordneten Jahnradnik, er könne unmöglich annehmen, daß die Glorifizierung des Eidbruchs und der Ueberläuferei Gemeingut eines ganzen Volkes sei. Daß dies nicht der Fall ist, beweise der Umstand, daß sich tschechische Regimenter in der Blawtschlacht heldenhaft geschlagen haben. Die tschechisch-slowakischen Legionäre sind Eidbrüchige, die sich des Verfalls schuldig gemacht haben, das in allen Staaten als das schwerste Verbrechen gilt, das der Soldat begehen kann. Daraus ändert auch die Anerkennung der Tschecho-Slowaken seitens der Entente nichts. Die Drohungen des Abgeordneten Jahnradnik werden die Maßnahmen der Regierung in keiner Weise beeinflussen. Der Minister weist dann die Angriffe zurück, die Abg. Reger gegen den Generalmajor Naumann vorgebracht hat.

Justizminister Dr. R. v. Schauer wirft einen historischen Rückblick auf die Geschichte der Errichtung des Trautenauer Kreisgerichtes und erklärt, die Errichtung sei gesetzlich einwandfrei, sachlich begründet und politisch gerechtfertigt, da sie einem von den Deutschen seit vierzig Jahren geltend gemachten und berechtigten Wunsch entspreche. Die Regierung habe keinen Grund, diese Maßnahme zurückzunehmen.

Minister des Innern Ritter v. Sayer: In Verantwortung der von den Herren Abgeordneten Plofac, Stanel, Fiedler, Habermann und Genossen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Oktober l. J. an mich gerichteten Anfrage betreffend die verfassungsmäßigen und gesetzlich begründeten Zustände in der aufzunehmenden Landesverwaltung des Königreichs Böhmen, erlaube ich mir dem hohen Hause nachstehendes mitzuteilen: Die sogenannte Sektionierung der Landesverwaltungscommission des Königreichs Böhmen stellt sich nach der Auffassung der Regierung als eine notwendige... (Zwischenrufe des Abg. Habermann) und folgerichtige Fortsetzung des Versuches dar, den Schwierigkeiten, die sich aus den nationalen Verhältnissen im Königreich Böhmen ergeben, durch eine Teilung der öffentlichen Verwaltung und durch ein Zugeständnis an die Forderung der nationalen Selbstverwaltung soweit zu begegnen, als dies bei der gegebenen Lage ohne tiefere Eingriffe in den verfassungsmäßigen Aufbau der Verwaltung möglich ist. (Weilfall links.) Der Gedanke einer derartigen Anpassung der Verwaltung an die nationale Struktur der Bevölkerung an sich ist nicht neu, er ist in der Debatte vielfach und eingehend erörtert worden und hat wiederholt den Ausgangspunkt von Verhandlungen gebildet, die der Umbahnung des nationalen Aufbaus in Böhmen gewidmet waren. Diesen Verhandlungen ist auch ein, allerdings bisher nicht abschließender Erfolg insofern beizumessen, als die nationale Scheidung in Böhmen auf zwei wichtigen Gebieten der öffentlichen Verwaltung, auf dem Gebiete des Schulwesens und auf dem Gebiete der Landeskultur (Sehr richtig, links), auf Grund der Ausgleichspunktionen vom Jahre 1890 seit nahezu drei Jahrzehnten zu einer bewährten Tatsache geworden ist. (Sehr richtig, links. — Zwischenrufe.) Auch die nationale Abgrenzung der Siedlungsgebiete beider Volksstämme, auf der die Kreisverordnung vom 19. Mai 1918 und mit ihr das neue Statut der Landesverwaltungscommission fußt, ist keine willkürliche Konstruktion der Regierung; sie folgt im wesentlichen der Einteilung der nationalen Wahlbezirke der Reichstagswahlordnung (Sehr richtig, links), die sich als ein, unter der Mitwirkung aller Parteien erreichtes Ergebnis schwieriger Kompromißverhandlungen darstellt.

Abg. Tufar: Exzellenz, Sie stellen sich damit auf die Seite der deutschen Parteien!

Minister des Innern Dr. R. v. Sayer: Nein, das sind Kompromißverhandlungen. Wollte die Regierung an die nach ihrer vollsten Ueberzeugung nicht zu vermeidende, sowohl der Forderung objektiver nationaler Gerechtigkeit, als auch der Forderung nach einer zweckmäßigen Reform der praktischen Verwaltung entsprechende Ausgestaltung der Landesverwaltungscommission hervortreten, so müßte sie sich entschließen, selbständig den Weg zu beschreiten, der nicht nur in der Richtung der Entwicklung des Ausgleichsproblems in Böhmen liegt, sondern auch der modernen Auffassung (Zustimmung links) über die Grundlagen der staatlichen Zusammenfassung der Völker Rechnung trägt. (Zwischenrufe.) In formaler Hinsicht möchte ich mir zu bemerken erlauben, daß es sich bei der Umbildung der Landesverwaltungscommission nur darum handeln konnte, eine Konstruktion zu finden, die eine nach den nationalen Siedlungsverhältnissen gesonderte Versorgung eines beschränkten Kreises autonomer Verwaltungsgeschäfte durch konnationale Organe der sachlich daran allein interessierten Bevölkerungsgruppen zuläßt. Nicht ein neues Organ zur Ersetzung der fehlenden Landesvertretung des Königreichs Böhmen sollte geschaffen werden, es sollte vielmehr lediglich die durch das Allerhöchste Patent vom 26. Juli 1913 zur Vertretung des Landesauschusses berufene Kommission eine zweckmäßigere Einrichtung im Rahmen des ihr zugewiesenen Wirkungskreises erhalten.

Die Regierung ist nicht in der Lage, den Widerruf einer Reform in Aussicht zu stellen, die nach ihrer Anschauung sachlich geboten war und ihre formelle Begründung in den Bestimmungen des Patentes vom 26. Juli 1913 findet. (Weilfall und Hände klatschen links. — Zwischenrufe.)

Abg. Dr. Leo Winter erklärt, in einem Augenblick, wo die ganze Welt mit Spannung auf die Antwort Wilsons warte, werde im österreichischen Abgeordnetenhause eine Debatte über innerpolitische Angelegenheiten geführt. Die Erklärungen der Regierung und der deutschen Parteien kommen zu einer Zeit, wo die übrigen Nationen erklären haben, daß sie ihre nationalen Fragen nicht mehr als Fragen der inneren Politik behandeln wollen. Oesterreich hätte schon vor Jahren einen Weg zur Umformung gefunden, wenn die demokratischen Kräfte imstande gewesen wären, durchzubringen; das war aber durch den § 14 unmöglich. Das Herrenhaus stand der Entwicklung entgegen. Auch im deutschen Volke schlummern demokratische Kräfte. Sie sind ersticht unter dem Druck der engstirnigen Wahlgesehe. Heute kämen die Erklärungen des Ministers zu spät. Wozu steht die Regierung heute noch da, da sie die Notwendigkeit der Existenz nationaler Sonderstaaten zugibt?

Abg. Kraus will die rzihten Verhältnisse Deutschböhmens auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kennzeichnen. Er bringt eine an ihn gelangte Entschlieung der Bezirksvertretung in Gabda zur Kenntnis, welche sich als ein Notruf der ganzen deutschböhmenischen Bevölkerung darstelle. Vom März bis zum September sei der Bevölkerung kein Mehl verabreicht worden, vom Mai bis zum September nur ein halbes Brot. Die Kartoffelarten seien bis heute nicht eingelöst und ebenso ungünstig sei die Verteilung von Butter und Fett. Die ganze deutschböhmenische Bevölkerung empfinde es schmerzhaft, daß ihr trotz aller Opfer eine solche Behandlung zuteil werde, und fordert schnelle und ausgiebige Hilfe. Redner verweist sodann darauf, daß seitens der Prager Statthalterei ein viel geringeres Kohlenquantum zur Ausgabe gelange, als nach den jüngsten Erklärungen des Ministers für öffentliche Arbeiten auf Böhmen entfalle. Eine Reihe von Städten seines Wahlbezirktes habe vom 15. Mai bis zum 15. September bloß einen oder zwei Waggons erhalten. Die Stadtgemeinde Böhmisch-Weiß, die auf 42 Waggons Anspruch gehabt habe, habe im Laufe von vier Monaten einen einzigen Waggon erhalten. Redner verlangt, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten energisch einschreite. Zur Frage der Ueberweisung bemerkt Redner, daß die vom Kriegsministerium für den Zivilbedarf freigegebenen Mengen durchaus unzureichend seien.

Hinsichtlich des Standes der Lebensmittelversorgung Deutschböhmens verweist Redner auf die von seiner Partei bereits früher eingebrachten dringlichen Anfragen, die aber von der Benjur beschlagnahmt wurden. Im Juli wäre es vielleicht noch möglich gewesen, die tschechischen Landwirte an ihre Ablieferungspllicht zu erinnern. Das ist aber nicht geschehen. Gewiß ist die landwirtschaftliche Produktion durch die Verhältnisse, die der Krieg bedingt, zurückgegangen. Aber es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß die Ablieferungsdifferenz im tschechischen Gebiete einen viel größeren Rückgang erfahren haben als im deutschen. Von den 16 Bezirken in Böhmen, die im Jahre 1917 mehr Weizen abgeliefert haben als im Jahre 1915, waren 6 deutsche, 7 gemischtsprachige und 3 tschechische. Eine Unterlieferung bis 20 Prozent weisen 8 deutsche, 4 gemischtsprachige und 4 tschechische Bezirke auf, eine Unterlieferung von 21 bis 30 Prozent haben 8 deutsche, 2 gemischtsprachige und 2 tschechische Bezirke, an einer Unterlieferung von 31 bis 40 Prozent waren 11 deutsche, 9 tschechische und 3 gemischtsprachige Bezirke beteiligt, 41 bis 50 Prozent haben weniger geliefert 12 tschechische, 4 gemischtsprachige und 2 deutsche, an der Minderlieferung von mehr als 50 Prozent nehmen 23 tschechische Bezirke gegenüber 1 gemischtsprachigen und 2 deutschen Bezirken teil, von den letzteren übrigens ein hochgelegener Erzgebirgsbezirk. In diesen dreihundzwanzig Bezirken gehören die Bezirke Nimburg und Pardubitz, während Melnik eine Unterlieferung von 56 Prozent, Raasditz eine solche von 57 Prozent, Beneschau eine solche von 65 Prozent, Pisek von 66 Prozent, Tribram von 70 Prozent und Selcan von 77 Prozent aufzuweisen haben. Während die deutschen Bezirke Soos und Brüx eine Minderlieferung von 12 Prozent, bezw. 33 Prozent hatten, weisen die benachbarten tschechischen Bezirke Dahn und Schlan eine solche von 42 Prozent, bezw. 57 Prozent auf. Der Bezirk Leitmeritz hat eine Unterlieferung von 31 Prozent, während der gleich gestaltete Bezirk Raasditz eine solche von 57 Prozent besitzt. (Hört! Hört! Rufe bei den Deutschradikalen.) Im ganzen haben die tschechischen Bezirke im Jahre 1917 um 40 Prozent, die deutschen bloß um 29 Prozent weniger Weizen abgeliefert als im Jahre 1915. Die tschechischen Bezirke haben nicht umsonst seit Jahr und Tag den Hungerkrieg gegen die Deutschböhmen entfesselt, sie haben vom ersten Tage an gemußt, was sie mit der Unterlieferung bezwecken. Im Jahre 1916 war Deutschböhmen noch in der Lage, seine Bevölkerung durch die eigene Ernte mit Lebensmitteln zu versorgen. Das hat sich aber im Laufe des Jahres 1917 wesentlich verschlechtert und ist im Jahre 1918 nahezu unmöglich geworden, weil aus deutschen Bezirken Getreide in das tschechische Gebiet abgeschoben wurde. Die Regierung wurde wiederholt auf die Folgen aufmerksam gemacht, die aus der Unterernährung der deutschböhmenischen Bevölkerung entstehen müssen. Aber wenn Anordnungen der deutschen Städte und Bezirke nach Prag kamen, wurde ihnen gesagt, gegen die passive Resistenz eines ganzen Volkes sei die Statthalterei machtlos.

Die tschechischen Beamten in Prag arbeiten nach einem System, das ihnen vom tschechischen Nationalrate vorgeschrieben wurde, nach einem bestimmten Ausschungerungsplan. Deutschböhmen gegenüber, wie er tschisch nicht mehr sein kann. Da glauben die Tschechen, sie können Deutschböhmen in den tschechischen Staat pressen. Aber die Deutschen in Böhmen haben nicht vergessen, wie sich die Tschechen an ihren Frauen und an der heranwachsenden deutschen Generation verhalten haben. Jeder derartige Versuch der Tschechen wird den rücksichtslosesten Widerstand aller Deutschböhmen finden. Das deutsche Volk in Böhmen mit seiner Kultur wird sich nicht vergewaltigen lassen. (Lebhafter Beifall und Heilrufe bei den Deutschradikalen.)

Abg. Dr. Benkovic ergeht sich in heftigen Anklagen über die österreichische Wirtschaft und schließt mit den Worten: Die Erfolge, die Präsident Wilson erntet, sind die größten Triumphe der Demokratie und mit diesen Erfolgen ist auch die heilige Sache des dreieinigen jugoslawischen Volkes verknüpft.

Abg. Ganser führte aus, es hätte manches Ereignis in Oesterreich eine andere Wendung genommen, als es tatsächlich der Fall war, wenn die oppositionellen Parteien hätten zur Geltung gelangen können. Zu Beginn des Krieges ist man aber über die Volksmeinung vollständig hinweggegangen, und wenn auf slawischer Seite behauptet wird, man habe die slawischen

Völker bei Kriegsbeginn nicht befragt, so müsse demgegenüber gesagt werden, daß man in Oesterreich überhaupt niemanden gefragt hat. Heute ruht scheinbar eine schwere Verantwortung auf dem deutschen Volke in Oesterreich, weil man bei uns, namentlich auf slawischer Seite, seit jeher immer das deutsche Volk und die österreichische Regierung verwechselte hat. In keinem Staate auf Erden ist die Regierung so volksfremd geblieben wie in Oesterreich. Ein Staatsbürger findet seitens der Regierung die Unterstützung, für welche sie da ist. Man steht immer nur ein Widerstreben gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung. Wir werden nicht ruhen, bis es gelungen sein wird, eine demokratische Grundblase herzustellen, welche die Basis der Friedensverhandlungen wird sein müssen und auf der wir Deutsch in Oesterreich imstande sein werden, mit den slawischen Völkern in Verhandlungen einzutreten. Wir müssen eine provisorische Verfassung ausarbeiten und dann mögen die Verhandlungen so bald als möglich eröffnet werden, damit die Hauptgrundlage für die Durchführung des hoffentlich nahen Friedens gegeben ist. Wir werden allen Völkern der Erde den besten Dienst erwiesen haben, wenn wir trachten, dieses Ziel möglichst bald zu erreichen. (Bravo! Bravo!)

Abg. Anton Remec: Die ganze Welt bewegt die Friedensfrage. Unterdessen werden hier Interpellationen in Form von Regierungserklärungen beantwortet, die beweisen, daß unsere Regierung absolut nicht weiß, was in der Welt geschieht, was die Völker am bringendsten brauchen und was die einzige Rettung dieses Staates sein kann. Redner habe Interpellationen über das Verhalten der militärischen Betriebsleiter in Böhmen gegenüber den Arbeitern eingebracht. Diese militärischen Leiter betrachten sich rein als Anwälte der Kapitalisten. Redner wendet sich gegen die Behauptung des Landesverteidigungsministers, daß die Einrichtung der Armee eine demokratische sei. Er verweist demgegenüber auf die Soldatenmishandlungen und auf das Vorgehen der Militärjustiz. Die politisierenden Generale haben versagt, ebenso hat die Bureaucratie, die in den oberen Schichten vollkommen deutsch ist, während des Krieges vollständig versagt. Während die Arbeiter draußen bluteten und ihre Kinder hier darben, haben die Kapitalisten enorme Gewinne gemacht, der Schleichhandel wurde gefördert, durch die Notentwertung das Geld entwertet, alle Lebensbedürfnisse haben Preise erreicht, die es dem gemeinen Manne unmöglich machen, sie zu erwerben. Während bei Unruhen im Reichenberg oder Salzburg mit der Feuerprobe vorgegangen wurde, wurde in böhmischen Städten an Kinder geschossen. Redner bespricht sodann eingehend die Ernährungsverhältnisse in Böhmen, speziell in Prag, protestiert gegen die Behandlung tschechischer Arbeiter bei den Daimler-Werken durch die Militärverwaltung und die zwangsweise Anhaltung von Lehrlingen zu religiösen Übungen.

Abg. Wohlmeier verweist auf seine in der vorgestrigen Sitzung eingebrachte Anfrage über die innere Politik und die Ernährungsfrage.

Die Verhandlung wird abgebrochen. Abg. Fürst Lubomirski stellt in einer tatsächlichen Berichtigung gegenüber dem Abgeordneten Daskynski fest, daß die konservative Gruppe des Polenklubs von Anfang an am dem Programm festhalte, welches lautet: Vereinigung der polnischen Nation, das heißt aller polnischen Gebiete, in denen das polnische Element auf historischer und kultureller Grundlage eine dominierende Stellung einnimmt, zu einem unabhängigen Staate, ferner Wiedergutmachung des durch den Gewaltakt der Teilung Polens an dem polnischen Volke begangenen Unrechtes.

Nächste Sitzung heute 11 Uhr vormittags mit der Fortsetzung der gestrigen Tagesordnung.

Schluss der Sitzung viertel 6 Uhr.